
Landespressekonferenz am Montag, 23.02.2026, in Stuttgart

Thema

„Kindertagesbetreuung stärken, Familien entlasten – Verantwortung für unsere Zukunft übernehmen“

Zusammenstellung der gehaltenen Statements

Begrüßung und Einführung.....	1
1. Finanzen.....	2
2. Zur Einordnung des angedachten letzten verpflichtenden und beitragsfreien Kitajahres.....	5
3. Qualität in der frühkindlichen Bildung.....	7
Schlusswort.....	9
Weiterführende Materialien	9

BEGRÜßUNG UND EINFÜHRUNG

Anna Radermacher, LEBK-Vorstandsmitglied und Pressesprecherin, Kornwestheim

Mein Name ist Anna Radermacher. Ich freue mich, dass der **Landeselternbeirat Kindertagesbetreuung Baden-Württemberg** heute hier zu Gast sein darf.

Der Landeselternbeirat Kindertagesbetreuung – kurz LEBK – hat sich Anfang 2025 erstmals konstituiert. Unser Gremium besteht aus 20 gewählten Vertreterinnen und Vertretern von Eltern mit Kindern in Kita und Kindertagespflege in Baden-Württemberg. Wir wurden von Eltern aus dem gesamten Bundesland legitimiert und vertreten ihre Perspektiven auf Landesebene.

Dass es dieses Gremium heute gibt, ist kein Zufall, sondern Ergebnis jahrelanger Arbeit engagierter Eltern. Für die erste Amtszeit haben sich über 140 Eltern zur Wahl stellen lassen. Diese hohe Zahl zeigt eindrücklich: Eltern in Baden-Württemberg wollen Veränderungen im Bereich der frühkindlichen Bildung. Sie wollen gehört werden. Und sie wollen Verantwortung übernehmen.

Wir sind heute hier zu Gast, weil sich die Situation für Familien in den vergangenen Jahren massiv zugespitzt hat – insbesondere finanziell.

Besonders deutlich zeigt sich die Schieflage bei der Höhe der Elternbeiträge. Innerhalb desselben Bundeslandes unterscheiden sich die Kosten für einen ganztägigen U3-Betreuungsplatz in einem Ausmaß, das sachlich kaum mehr zu rechtfertigen ist:

- 219 Euro monatlich in Stuttgart,
- 614 Euro in Reutlingen,
- 936 Euro in Sachsenheim (Landkreis Ludwigsburg) *und*
- 966 Euro in Baden-Baden.

Am anderen Ende der Skala steht Heilbronn mit Beitragsfreiheit im Ü3-Bereich.

Diese Unterschiede sind für Familien nicht nachvollziehbar. Sie führen zu Ungleichheit – abhängig vom Wohnort. Bildungsgerechtigkeit darf jedoch keine Frage der Postleitzahl sein.

Gerade mit Blick auf die anstehenden Wahlen sehen wir unsere Aufgabe darin, denjenigen eine Stimme zu geben, die selbst nicht sprechen können: unseren Kindern. Frühkindliche Bildung ist keine Randfrage – sie ist eine zentrale gesellschaftliche Zukunftsaufgabe.

Meine Vorstandskolleg:innen werden das für Sie ausführen:

- Heike Kempe, unsere Vorsitzende
- Andrej Baraban
- und Steffen Ebert, ihre beiden Stellvertreter

Auf dem Podium sitzen wir zu viert. Aber hinter uns stehen Eltern aus dem ganzen Land – und mehr als 11.000 Unterstützer:innen, die eine Petition zur Neuregelung der Kita-Finanzierung unterschrieben haben.

Im Fokus stehen heute drei zentrale Themen:

- 1. die gerechte und nachhaltige Finanzierung der Kindertagesbetreuung**
- 2. unsere Einordnung zur Forderung nach einem verpflichtenden gebührenfreien letzten Kitajahr**
- 3. die Forderung nach landesweit einheitlichen Qualitätsstandards.**

1. FINANZEN

Andrej Baraban, stellvertretender Vorsitzender, Tübingen

Ich spreche heute mit klarem Fokus auf Finanzen – und knüpfe bewusst an den Prozess im Petitionsausschuss an. Denn dieser Ausschuss hat eines sichtbar gemacht: Wir diskutieren nicht über einen Einzelfall, sondern über ein System, das bei der Finanzierung zu oft auf **Annahmen statt auf Steuerung** beruht.

Ich möchte das zu Beginn ausdrücklich klarstellen: Unser Hauptanliegen ist nicht, dass das Land einfach „mehr zahlt“ – ohne Strukturreform. Es geht um ein grundsätzliches Neudenken.

Geldflüsse müssen so gestaltet sein, dass sie **zielgerichtet, nachvollziehbar und wirksam** sind.

Auf die im Petitionsausschuss gestellte Frage, ob Finanzmittel für frühkindliche Bildung auch zweckgemäß eingesetzt würden, fiel ein Satz aus dem Finanzministerium: „*Wir gehen davon aus; es gibt eine gesetzliche Regelung.*“ Genau das ist der Punkt: Bei einem Milliardenbereich kann ein „wir gehen davon aus“ keine tragfähige Steuerungsgrundlage sein. Wir brauchen Zweckbindung dort, wo sie sinnvoll ist, und Transparenz überall dort, wo öffentliche Mittel fließen. Und wir müssen klar unterscheiden: Was kann im Status quo kurzfristig besser gemacht werden – und was braucht langfristig eine echte Neustrukturierung?

Die Frage der Finanzpolitik ist dabei immer auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Und hier liegt ein Kernproblem, das in der öffentlichen Debatte zunehmend benannt wird: **Kinder haben keine Stimme an der Wahlurne. Was bedeutet das politisch? In Haushaltskrisen geraten oft gerade die Bereiche unter Druck, deren Adressaten nicht unmittelbar wahlentscheidend sind.** Umso mehr brauchen wir institutionelle Schutzmechanismen, damit frühkindliche Bildung nicht jedes Jahr aufs Neue zur variablen Verhandlungsmasse wird. Generationengerecht heißt deshalb: Heute verlässlich investieren, um morgen nicht deutlich höhere soziale und fiskalische Folgekosten zu zahlen. Und es heißt auch: Familien nicht zu den stillen und mehrfachen Ausfallbürgen eines Systems zu machen, das seine Finanzierungslogik nicht sauber geregelt hat.

Damit sind wir beim strukturellen Kern, der gerade in Baden-Württemberg besonders sichtbar wird. Wir haben **konkurrierende Zuständigkeiten**. Das SGB VIII ist **Bundesrecht**; Kindertagesbetreuung ist dort als Leistung der Kinder- und Jugendhilfe verankert. Bildung ist in Deutschland im Kern **Ländersache**. Und in der Praxis ist die Kindertagesbetreuung als Pflichtaufgabe **kommunal organisiert** – über Jugendämter, Bedarfsplanung, Infrastruktur und Betrieb.

Vereinfacht gesagt: Der Bund setzt Rechtsansprüche und Rahmenrecht, die Länder definieren Bildungsansprüche und Standards, und die Kommunen stehen operativ und finanziell dazwischen. Und wer ebenfalls dazwischensteht – das sind die Kinder, die Eltern und das Fachpersonal, wenn morgens um sieben Uhr die Notbetreuung ausgerufen wird. Genau hier entsteht eine Schieflage, die man nicht wegmoderieren kann: **Wer trägt die Last – und wer hat die Steuerungsmacht? Und wer darf überhaupt mitgestalten oder zumindest gehört werden?**

Auch hierzulande gilt das Konnexitätsprinzip: Wer Aufgaben veranlasst, muss auch für deren Finanzierung sorgen. Das ist politisch absolut richtig. In der frühkindlichen Bildung erleben Kommunen aber seit Jahren, dass die praktische Last – Betrieb, Gebäude und Personalengpässe – am Ende im kommunalen Haushalt landet. Wenn der Bereich flächendeckend defizitär ist, ist das kein lokales Einzelproblem, sondern ein Systemsignal: **Die Finanzierungsarchitektur passt nicht mehr zur Realität.**

Damit kommen wir zur nächsten Frage – und ich finde, wir sollten sie offen stellen, ohne Schuldzuweisungen: Kindertagesbetreuung ist kommunale Daseinsvorsorge, und das hat gute Gründe: Nähe zu Familien, lokale Bedarfsplanung, Vielfalt der Trägerlandschaft, pragmatische

Lösungen vor Ort. Ich betone ausdrücklich: Wir stellen kommunale Kompetenz und Verantwortung nicht in Frage.

Aber wenn das Feld finanziell flächendeckend defizitär ist – warum klammern sich Kommunen so vehement an diese Aufgabe? Warum wird die Verantwortung nicht mit mehr Nachdruck an das Land adressiert, wenn wir zugleich sagen: Das ist Bildung und damit im Kern Ländersache?

Wir sehen dafür drei Gründe – und alle drei sind politisch lösbar. Erstens: Kommunen wollen Gestaltungshoheit behalten – über Ausbau, Standorte, Trägerstruktur und Standards im Alltag. Das ist nachvollziehbar. Zweitens: Ein vollständiger Aufgabenübergang ist riskant, solange nicht glasklar ist, wie Finanzierung, Personalverantwortung und Steuerung dann aussehen. Niemand gibt eine Aufgabe ab, wenn unklar ist, ob danach Chaos entsteht. Und drittens: Es fehlt ein klarer, gemeinsam getragener Pfad, wie das Land mehr Verantwortung übernimmt, ohne die lokale Umsetzung zu entwerten.

Deshalb ist unser Vorschlag auch nicht „alles weg von den Kommunen“. Unser Vorschlag ist: **Steuerung und Finanzierung systemgerecht ordnen – Ausführung weiterhin nahe am Kind.** Andere Bundesländer schaffen das offensichtlich auch. Dann dürfen auch wir mit einem gewissen Selbstvertrauen sagen: Wir schaffen das.

Was kann und muss im Status quo kurzfristig besser werden? Erstens: Zweckbindung und Nachweislogik bei Mittelzuweisungen. Wo pauschal Geld fließt, muss nachvollziehbar sein, dass es im System Kita tatsächlich wirksam wird. Das ist keine Misstrauenserklärung, sondern eine Grundbedingung für Steuerung und Akzeptanz.

Zweitens brauchen wir klare Definitionen: Was sind eigentlich „Betriebsausgaben“? Was ist enthalten – und was nicht? Ohne einheitliche Abgrenzung wird jede Debatte über Prozentsätze zur Scheindebatte, und der Druck entlädt sich am Ende in Elternbeiträgen.

Und drittens: **Elternbeiträge dürfen nicht der Lückenfüller sein.** Die 20-Prozent-Logik, also der politisch gesetzte „Richtsatz“, wonach Elternbeiträge rund ein Fünftel der Betriebskosten decken sollen, ist politisch bequem, aber fachlich fragwürdig – weil sie zu Automatismen führt, statt zu Steuerung. Beiträge sind sozial hochsensibel, fiskalisch aber nur begrenzt wirksam. Ein System, das Defizite über Elternbeiträge kompensiert, verschärft Ungleichheit und beschädigt Erwerbsanreize. Und: Diese „20 Prozent Kostendeckung durch Elternbeiträge“ sollen vermeintlich aus den 1980er Jahren stammen – so genau konnte uns das bisher aber niemand sagen, auch nicht, warum es ausgerechnet 20 Prozent sein sollen. Neben vielem anderem scheint auch das „historisch gewachsen“ zu sein. Das zeigt: Dieses System ist aus der Zeit gefallen – aus einer Zeit, in der Lebensrealitäten und finanzielle Möglichkeiten sowie Belastungen gänzlich andere waren.

Und was brauchen wir langfristig? Den großen Wurf. Wenn wir frühkindliche Bildung wirklich als Grundlage für Chancengleichheit und Bildungserfolg verstehen, dann muss sie systemisch näher an die Bildungsarchitektur des Landes rücken. Das heißt nicht, Jugendhilfaspekte zu negieren – Kinderschutz, Familienunterstützung und inklusive Förderung bleiben zentral. Aber es heißt konkret: Frühkindliche Bildung ist mehr als Daseinsvorsorge. Sie ist Bildungsinfrastruktur – und damit eine Kernaufgabe, die langfristig stabil, planbar und landesweit gerecht finanziert werden muss.

Deshalb wollen wir keinen Ebenenkonflikt. Wir wollen einen **Pakt „Frühkindliche Bildung 2031“**, der die Realität anerkennt: Kommunen leisten Enormes in der Daseinsvorsorge. Das Land trägt Verantwortung für Bildungsgerechtigkeit und Standortfähigkeit. Und der Bund setzt Rahmen und Rechtsansprüche.

Wenn aber am Ende der kommunale Bereich flächendeckend tiefrot ist, dann ist die Kernfrage nicht „wer ist schuld?“. Die Kernfrage ist: **Warum akzeptieren wir ein System, das dauerhaft und massiv überfordert – statt Zuständigkeiten und Finanzierungsströme generationengerecht zu ordnen?**

2. ZUR EINORDNUNG DES ANGEDACHTEN LETZTEN VERPFLICHTENDEN UND BEITRAGSFREIEN KITAJAHRES

Heike Kempe, Vorsitzende, Konstanz

Wir begrüßen ausdrücklich, dass in verschiedenen Wahlprogrammen inzwischen ein letztes beitragsfreies verpflichtendes Kitajahr vorgesehen ist. Gleichwohl muss zwischen Zielrichtung und Wirkung klar unterschieden werden. Der Schwerpunkt dieser Initiative liegt – mit dem Ziel, Kinder insbesondere sprachlich besser auf den Schulstart vorzubereiten – eindeutig auf der Verpflichtung. Wird ein Jahr verpflichtend ausgestaltet, kann es folgerichtig nicht beitragspflichtig sein. **Die Beitragsfreiheit ist damit eher die logische Konsequenz der Verpflichtung als ein originäres Entlastungsinstrument für Familien.**

Zwar werden die zunehmende Belastung durch hohe Elternbeiträge sowie der kommunale „Gebühren-Flickenteppich“ inzwischen stärker wahrgenommen. Aus unserer Sicht ist es jedoch dringend geboten, gerade diese wachsende finanzielle Belastung deutlich stärker in den politischen Fokus zu rücken.

Baden-Württemberg gehört inzwischen zu den wenigen Bundesländern, die über alle Kitajahre hinweg Elternbeiträge erheben. Andere Länder sind hier deutlich weiter: In Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wurde die vollständige Beitragsfreiheit bereits eingeführt. Die Mehrheit der Bundesländer gestaltet zumindest einzelne Kitajahre beitragsfrei – meist ab zwei oder drei Jahren, teilweise die letzten beiden Jahre vor der Einschulung. Andere setzen auf Modelle mit beitragsfreien Grundzeiten (z.B. fünf oder sieben Stunden).

In Baden-Württemberg konnte sich die Forderung nach einer generellen Beitragsfreiheit – wie wir in der Landtagsdebatte im Oktober gesehen haben – bislang nicht durchsetzen. Wir befürworten eine vollständige Beitragsfreiheit ausdrücklich. Sie würde konsequent anerkennen, was im Schulbereich seit über 100 Jahren gilt: Bildung ist kostenfrei. **Frühkindliche Bildung ist Bildung – politisch wird das regelmäßig betont, spiegelt sich jedoch bislang nicht in der Finanzierungsrealität wider.**

Der politische Konsens konzentriert sich nun auf ein beitragsfreies und verpflichtendes letztes Kitajahr. Ein solches Modell könnte angesichts der vielfältigen finanziellen Belastungen vieler

Familien ein erster Schritt sein. Die Betreuungsquote im letzten Kitajahr liegt bei etwa 95 %, sodass ein Großteil der Familien profitieren würde.

Gleichzeitig dürfen die übrigen Kitajahre nicht aus dem Blick geraten. Sie bleiben beitragspflichtig und die Beitragserhöhungen der vergangenen Jahre haben viele Familien erheblich belastet. **Es mag daher kaum verwundern, wenn viele Familien nun fürchten, dass eine Beitragsfreiheit im letzten Jahr zu einer bloßen Umverteilung führen könnte:** Entlastung zwar im letzten Jahr – dafür höhere Beiträge in den übrigen Jahren, insbesondere im U3-Bereich, wo die Kosten vielerorts ohnehin sehr hoch sind.

Unser zentraler Appell an die Politik lautet daher: **Beitragsfreiheit muss eine echte Entlastung darstellen – nicht eine verdeckte Vorfinanzierung über die ersten Kitajahre.**

Frühkindliche Förderung sollte immer ganzheitlich betrachtet werden. Eine frühe und kontinuierliche Betreuung unterstützt die Entwicklung von Sprache, sozialen Kompetenzen, Selbstständigkeit und Lernbereitschaft und schafft die Grundlage für einen erfolgreichen Schulstart. Gleichzeitig erleichtert sie insbesondere Frauen die Rückkehr in den Beruf, trägt dazu bei, dass Fachkräfte verfügbar bleiben und unterstützt insgesamt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Baden-Württemberg weist jedoch im U3-Bereich eine vergleichsweise niedrige Betreuungsquote auf. Angesichts eingeschränkter Platzverfügbarkeit und hoher Beiträge besteht die Gefahr, dass diese Quote weiter sinkt – mit langfristigen Folgen für Chancengleichheit.

Der verpflichtende Aspekt des letzten Kitajahres mag nachvollziehbar sein: Kinder sollen mit soliden sprachlichen, motorischen und sozial-emotionalen Grundlagen in die Grundschule starten. Programmen wie „SprachFit“ – insbesondere mit der perspektivisch vorgesehenen verpflichtenden 4 Stunden Sprachförderung – wird hierbei eine zentrale Rolle zugemessen. Dennoch stellt sich die Frage, ob ein einzelnes Jahr ausreicht, um bestehende Entwicklungsrückstände nachhaltig aufzuholen. Kinder mit besonderem Förderbedarf benötigen häufig mehrere Jahre kontinuierlicher Unterstützung.

Zudem erhöht ein verpflichtendes Jahr den Druck auf Kitas, zusätzliche Plätze und Fachkräfte bereitzustellen – in einer Situation, die bereits vom Fachkräftemangel geprägt ist. Für eine nachhaltige Wirkung muss deshalb die gesamte Kita-Zeit in den Blick genommen werden – mit verlässlicher personeller Ausstattung, frühzeitiger Förderung und finanzieller Entlastung der Familien.

Gerade der Aspekt der Verpflichtung wirft darüber hinaus **pädagogische und organisatorische Fragen** auf: Welche inhaltlichen Standards sollen für das letzte Kitajahr gelten? Bleibt es konzeptionell unverändert oder werden neue, verbindliche Inhalte definiert? Wie wird mit den erheblichen Unterschieden zwischen den Kommunen umgegangen – etwa bei den Schließtagen, die derzeit zwischen 23 und 46 Tagen variieren? Für welche Angebotsformen soll die Beitragsfreiheit gelten – nur für die verlängerte Öffnungszeit (VÖ) oder auch für Ganztagesangebote (GT)? Wenn die Beitragsfreiheit nur für VÖ gilt, stellt sich unmittelbar die

Frage: Wie werden dann die Beiträge für den Ganzttag (GT) berechnet? Bleibt es beim derzeitigen Gebühren-Flickenteppich, der von Familien zu Recht stark kritisiert wird?

Diese Fragen verdeutlichen, dass die Umsetzung des verpflichtenden, beitragsfreien letzten Kitajahres klare Vorgaben, Standards und Regelungen erfordert, um Transparenz, Planbarkeit und eine faire Umsetzung für alle Beteiligten sicherzustellen. Was dabei auf keinen Fall passieren darf: zusätzlicher administrativer Aufwand! Denn: Mehr Bürokratie nützt am Ende weder den Einrichtungen noch den Familien!

Abschließend möchten wir betonen: Wir sind nicht gegen ein verpflichtendes Kitajahr. Im Gegenteil – wir begrüßen, dass eine Diskussion in Gang kommt, die das Bildungssystem nicht erst ab Schulbeginn betrachtet, sondern frühzeitig fragt, wie der Bereich der frühkindlichen Bildung dazu beitragen kann, den weiteren Bildungsweg erfolgreicher zu gestalten.

Aus unserer Sicht kann das letzte Kitajahr ein Anfang sein. Es sollte jedoch weiterentwickelt werden, damit der gesamte Bereich der frühkindlichen Bildung endlich als gleichwertige Säule im Bildungssystem anerkannt wird. Als LEBK sind wir selbstverständlich bereit, aktiv an dieser Weiterentwicklung mitzuwirken und unsere Expertise einzubringen.

Angesichts der wachsenden finanziellen Belastung vieler Familien möchten wir aber auch klar sagen: **Weitere Beitragserhöhungen sind für viele Haushalte kaum noch verkraftbar. Familien brauchen jetzt eine spürbare Entlastung!**

Wir appellieren daher an die Parteien, ihrer Verantwortung gegenüber den Familien in Baden-Württemberg bewusst nachzukommen und das Thema Entlastung von Familien mit höchster Priorität anzugehen!

3. QUALITÄT IN DER FRÜHKINDLICHEN BILDUNG

Steffen Ebert, Stellvertretender Vorsitzender, Gaggenau

Baden-Württemberg wird derzeit als bundesweiter Spitzenreiter in der frühkindlichen Bildung dargestellt. Grundlage ist der aktuelle Ländermonitor der Bertelsmann Stiftung.

Ja – Baden-Württemberg liegt im Vergleich der Länder vorne. Aber entscheidend ist nicht der Rang. Entscheidend ist das Niveau. Und dieses Niveau bleibt – nüchtern betrachtet – unzureichend.

Der Ländermonitor misst vor allem strukturelle Qualität, insbesondere Fachkraft-Kind-Relationen auf Grundlage amtlicher Statistik. Er misst keine pädagogische Interaktionsqualität, keine tatsächliche Verfügungszeit für einzelne Kinder, keine krankheitsbedingten Ausfälle im Alltag.

Und dennoch ist die Aussage klar: Nur rund 30 Prozent der Kinder werden in Gruppen betreut, deren rechnerischer Personalschlüssel den wissenschaftlich empfohlenen Standards entspricht.

Das heißt im Umkehrschluss: Eine deutliche Mehrheit der Kinder wächst in Strukturen auf, die unterhalb fachlicher Empfehlungen liegen.

Ein Platz 1 im Bundesvergleich ist deshalb kein Qualitätssiegel. Er bedeutet lediglich, dass das Gesamtniveau bundesweit unzureichend ist. Wer diese Zahlen als Erfolgsgeschichte verkauft, reduziert Qualität auf ein Ranking – und entzieht sich der eigentlichen Verantwortung.

Die Debatte um „Gold- und Platinrahmen“

In diesem Kontext haben vier Oberbürgermeister aus dem Großraum Stuttgart – aus Esslingen, Ludwigsburg, Tübingen und Schwäbisch Gmünd – gefordert, sich vom sogenannten „Gold- und Platinrahmen“ bei Standards zu verabschieden und stärker auf das zu setzen, was finanziell leistbar sei.

Diese Wortwahl ist bemerkenswert. Scheinbar wägen uns diese vier Oberbürgermeister in einer Welt, in der selbst die höchsten Qualitätsmaßstäbe nicht genug sind. Die Realität jedoch ist: In der Fläche werden nicht einmal die empfohlenen Mindeststandards erreicht. Wer in dieser Situation von Gold- und Platin-Rahmenbedingungen spricht, verschiebt den Maßstab. Es geht nicht um Vergoldung. Es geht um verlässliche Mindestqualität.

Politische Verantwortung

Gerade hier wäre eine klare Priorisierung durch das Kultusministerium erforderlich. Ein kommunizierter Spitzenplatz ersetzt keine systematische Qualitätsstrategie. Ein gutes Ranking ersetzt keine verbindlichen Zielmarken. Professionelle Steuerung bedeutet: wissenschaftliche Empfehlungen ernst nehmen, strukturelle Defizite transparent benennen und einen verbindlichen Entwicklungspfad vorlegen.

Stattdessen erleben wir eine Debatte über soziale Vergleiche – nicht über das Erreichen echter Qualitätsstandards. Das ist politisch bequem. Aber es ist fachlich nicht ausreichend.

Warum strukturelle Qualität nicht verhandelbar ist

Frühkindliche Bildung ist der erste Bildungsort im Lebenslauf eines Kindes. Hier entstehen Sprachkompetenz, soziale Sicherheit, Selbstwirksamkeit und Lernfreude.

Internationale Forschung zeigt seit Jahrzehnten: Die Qualität der frühen Jahre wirkt langfristig – auf Bildungsbiografien, gesellschaftliche Teilhabe und ökonomische Stabilität. Strukturell schwache Bedingungen verstärken hingegen soziale Ungleichheit. Gute Qualität gleicht sie aus.

Es geht also um Bildungsgerechtigkeit. Und es geht um eine strategische Zukunftsfrage für unser Land. Wer heute Standards relativiert, verlagert Probleme in die Grundschule – und später in Ausbildung, Integration und Fachkräftesicherung.

Daher wollen wir heute abschließend feststellen: Wenn wir es ernst meinen mit Chancengerechtigkeit und Bildungsqualität, dann müssen wir uns an fachlichen Standards orientieren – nicht an relativen Vergleichen. Ein Ranking beantwortet die Frage: „Wer ist besser als die anderen?“ Bildungspolitik muss die Frage beantworten: „Ist es gut genug für unsere Kinder?“ Und an dieser Frage gemessen bleibt Handlungsbedarf.

SCHLUSSWORT

Anna Radermacher, Vorstandsmitglied und Pressesprecherin, Kornwestheim

Zum Abschluss möchten wir eines sehr deutlich sagen: **Jetzt ist der Moment zu handeln!**

Wir richten einen klaren Appell an den Landtag und die künftige Landesregierung: **Machen Sie die frühkindliche Bildung zur Priorität!**

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Auf ihnen baut alles auf: Bildung, Wirtschaft, sozialer Zusammenhalt. Wenn dieses Fundament Risse bekommt, gerät das ganze Gebäude ins Wanken. Eine starke Gesellschaft braucht starke Familien – und starke Familien brauchen Entlastung.

Wir wissen: Das Thema ist komplex. Finanzierung, Qualität, Fachkräftesicherung – all das greift ineinander. Deshalb stellen wir Ihnen heute umfassende Materialien zur Verfügung. Über den QR-Code erhalten Sie weiterführende Informationen, Zahlen und unsere konkreten Vorschläge. Wir laden Sie ausdrücklich ein, sich vertieft damit auseinanderzusetzen.

Mit Blick auf einen möglichen „Pakt Frühkindliche Bildung 2031“ sagen wir klar: **Wir kritisieren – aber wir reichen auch die Hand.**

Der Landeselternbeirat ist kein Protestgremium. Wir sind ein gewähltes Beratungsgremium. Wir stehen bereit, konstruktiv mitzuarbeiten, unsere Perspektive einzubringen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln.

Aber wir sagen auch: Es brennt lichterloh. Die finanzielle Belastung der Familien, die Unsicherheit in den Kommunen, die Qualitätsfragen in den Einrichtungen – all das duldet keinen Aufschub. Wenn es brennt, diskutiert man nicht endlos über Zuständigkeiten. Man löscht das Feuer.

Und genau das erwarten wir jetzt von der Politik.

Im Namen der Eltern und vor allem im Namen unserer Kinder danken wir Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

WEITERFÜHRENDE MATERIALIEN

<https://lebk-bw.de/presse-portal>

Passwort: lebk